

Diskussionsbeitrag der Stadtverwaltung Görlitz zum Grünbuch „Verbesserung der psychischen Gesundheit der Bevölkerung“

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den im vorliegenden Grünbuch „Die psychische Gesundheit der Bevölkerung verbessern – Entwicklung einer Strategie für die Förderung der psychischen Gesundheit in der Europäischen Union“ gestellten Fragen nimmt das Gesundheitsamt der Stadtverwaltung Görlitz wie folgt Stellung:

zu 1. Wie wichtig ist die psychische Gesundheit der Bevölkerung für die Realisierung der strategischen Ziele der EU, wie sie in Abschnitt 1 dargestellt ist?

Eins der wichtigsten strategischen Ziele der EU besteht darin, die Lebensqualität der Bürger Europas spürbar anzuheben. Das gegenwärtige Chaos in den Gesundheitssystemen der meisten europäischen Länder, das z.B. in Deutschland geprägt ist durch eine Kostenexplosion und die Einführung von diagnosebezogenen Fallpauschalen, trägt derzeit nicht dazu bei, sich dem o.g. Ziel anzunähern.

Gerade im Bereich psychische Gesundheit, die im hohen Maße die Lebensqualität des Menschen beeinflusst, müssen Veränderungen herbeigeführt werden.

Eine der Hauptursachen für die im Grünbuch beschriebenen Qualitätsmängel bei der Prävention und Behandlung psychischer Erkrankungen ist in den veränderten demografischen Bedingungen in der EU zu sehen. Der in Zukunft steigende Anteil älterer, nicht mehr erwerbstätiger Menschen führt dazu, dass die Kosten für die notwendigen Behandlungen von Krankheiten kaum mehr erwirtschaftet werden können. Es besteht die Gefahr, dass Kranke, die sich nicht wehren können, das betrifft vor allem psychisch Kranke und alte Menschen, im modernen Gesundheitssystem benachteiligt werden und deren Lebensqualität unter den oben beschriebenen Bedingungen der „modernen Gesundheitspolitik“ in den meisten europäischen Ländern in Zukunft eher sinken als steigen wird.

Der psychischen Gesundheit, gerade der älteren Menschen, die in Zukunft einen immer größeren Anteil an der Gesamtbevölkerung einnehmen werden, ist besondere Beachtung zu schenken. Sie muss prioritär betrachtet und behandelt werden. Demenz, aber auch andere altersbedingte neuropsychiatrische Störungen wie z.B. Altersdepression gefährden die psychische Gesundheit älterer Menschen.¹ und damit deren Lebensqualität.

Zu 2.: Würde die Entwicklung einer umfassenden EU-Strategie für psychische Gesundheit einen Mehrwert zu den bestehenden und erwogenen Maßnahmen erbringen, und gibt Abschnitt 5 hierfür angemessene Prioritäten vor?

Unserer Meinung nach handelt es sich beim Thema psychische Gesundheit um ein solch wichtiges und umfassendes Thema, dass es nicht nur durch einzelne Maßnahmen, Aktionen und Projekte innerhalb der EU behandelt werden kann, sondern einer umfassenden und vor allem nachhaltigen Strategie bedarf. Die im Grünbuch ausführlich dargestellten Folgen der psychischen Erkrankungen machen deutlich, dass die Verbesserung der gegenwärtigen Praxis des Umgangs mit diesem Thema eine Vertiefung der Kenntnisse über die Bedeutung der

¹ vgl. Kommission der europäischen Gemeinschaften 2005. S. 10

psychischen Gesundheit und die Auswirkungen psychischer Erkrankungen für die Gesundheit, die Lebensqualität, das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen, die soziale Integration und die Grundrechte sowie die psychiatrische Versorgung voraussetzt.

Die in Abschnitt 5 dargestellten Prioritäten erscheinen uns sinnvoll, aber noch nicht ausreichend im Hinblick auf das Thema „Psychische Gesundheit älterer Menschen“. Mit Blick auf die demographische Situation in Europa muss dieser Gesichtspunkt in den nächsten Jahren stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Wir schlagen daher vor, den Schwerpunkt 1 (Generelle Förderung der psychischen Gesundheit) umzubenennen in „Generelle Förderung der psychischen Gesundheit unter besonderer Beachtung demographischer Aspekte“ (ausführliche Erklärung dazu im Anhang)

Zu 3.: „Sind die in Abschnitt 6 und 7 vorgeschlagenen Initiativen geeignet, die Koordination zwischen Mitgliedsstaaten zu unterstützen, die Integration der psychischen Gesundheit in die Gesundheitspolitik und andere relevante Politikbereiche zu erleichtern, einschlägige Aktionen der Stakeholder zu fördern und eine bessere Verknüpfung zwischen Forschung und Politik im Bereich der psychischen Gesundheit zu bewirken?“

Unserer Meinung nach ist es außerordentlich wichtig, auch bei den vorzuschlagenden Initiativen die Themen psychische Erkrankungen im Alter, Beeinträchtigungen der Menschenwürde älterer, psychisch kranker Patienten durch unzureichende Versorgung und Unterbringung stärker herauszustellen. Der Vorschlag einer Ableitung von „Best Practice für die Förderung der sozialen Integration und den Schutz der Rechte psychisch kranker und geistig behinderter Menschen“ sollte auch hier als speziellen Aspekt dieses Thema aufgreifen.

Zusammenfassung:

Das vorliegende Grünbuch bietet u.E. eine fundierte Grundlage dafür, das Thema „Verbesserung der Psychischen Gesundheit innerhalb der EU“ durch eine breite Öffentlichkeit diskutieren zu lassen. Sowohl die vorgeschlagenen Prioritäten als auch die Initiativen erscheinen uns zur Erreichung des o.g. Ziels angemessen und erfolgversprechend. Keine ausreichende Beachtung in den Ausführungen findet unserer Meinung nach die wichtige Gedankenverbindung zwischen der demographischen Entwicklung innerhalb der EU und der daraus folgenden Probleme bei der Situation der psychischen Gesundheit älterer Menschen. Gerade der Umgang mit älteren dementen Menschen wird zunehmend problematisch in den EU-Ländern werden. Zur Zeit spielt das Thema Alzheimererkrankung in den meisten EU-Ländern nur eine untergeordnete Rolle. Mit zunehmender Überalterung der Bevölkerung und zunehmender Lebenserwartung werden sich alle Mitgliedsländer diesem Thema stellen müssen. Deshalb sollten schon jetzt speziell zu dieser Problematik gemeinsame Strategien und Initiativen erarbeitet werden, damit sich langfristig europaweit eine dringend notwendige neue Kultur im Umgang mit dieser psychischen Erkrankung entwickeln kann.

This paper represents the views of its author on the subject. These views have not been adopted or in any way approved by the Commission and should not be relied upon as a statement of the Commission's or Health & Consumer Protection DG's views. The European Commission does not guarantee the accuracy of the data included in this paper, nor does it accept responsibility for any use made thereof.